



Liebe Leser*innen,

„Stell' Dir vor, Du bist krank, doch Du gehst nicht zum Arzt.“

In diesem Infobrief wenden wir uns einer der wichtigsten Ursachen zu, warum viele Menschen in Deutschland sich im Krankheitsfall nicht an Ärzt*innen wenden und selbst bei lebensbedrohlichen Zuständen oft kein Krankenhaus aufsuchen.

Wir beleuchten aber auch eine Möglichkeit, wie dieser Missstand geändert werden kann und zeigen Wege auf, wie Sie sich daran beteiligen können.

Gemeinsam mit einem breiten Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen rufen wir dazu auf, die kommende Bundestagswahl für den dringenden Appell an die Politik zu nutzen, dass sie endlich einen ungehinderten Zugang für alle hier lebenden Menschen zum Gesundheitssystem umsetzt.

Mit solidarischen Grüßen -

Ihr MediNetz-Team

Die Arbeit des MediNetz-Bielefeld – eine Übersicht

Linn Manthey, Mitglied des MediNetz Bielefeld, beleuchtete im Rahmen einer Hausarbeit für ihr Studium die Arbeit des MediNetzes. Sie wählte dafür den Zeitraum von Januar 2017 bis April 2021 und wertete 179 Anfragen aus, bei denen wir die Betroffenen an Ärzt*innen vermittelten. Im Folgenden bilden wir die wichtigsten medizinischen Gründe für die Anfragen sowie die Herkunftsländer der Klient*innen ab.

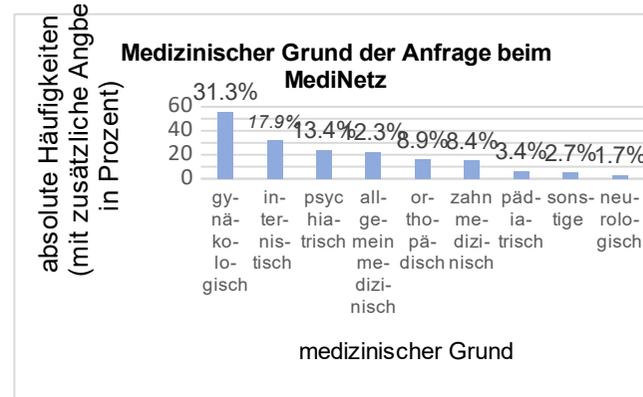


Abbildung 1. Medizinischer Grund der Anfrage beim MediNetz Bielefeld. Die Angabe erfolgt in absoluten Häufigkeiten mit zusätzlicher Angabe in Prozent.



Abbildung 2 Weltkarte mit Herkunftsländern der Klientel von MediNetz Bielefeld - Farbintensität (blau) korreliert mit der Häufigkeit der einzelnen Menschen, die aus den jeweiligen Ländern bei MediNetz Bielefeld Unterstützung in gesundheitlichen Fragen gesucht haben.

Fallbeispiel

Im Frühjahr dieses Jahres meldete sich ein Unterstützer für einen verhaltensauffälligen Mann beim MediNetz. Der Mann konnte für eine psychiatrische Untersuchung an einen Psychiater vermittelt werden. Es stellte sich heraus, dass er psychisch schwer belastet und eigentlich eine stationäre Behandlung in der Psychiatrie erforderlich war. Aufgrund des fehlenden Krankenversicherungs-Schutzes lehnte die Klinik eine Aufnahme ab. Der Mann wiederum lehnte es aus Angst vor Offenlegung seiner Identität und drohender Abschiebung ab, sich für die Klärung der Kosten an das Sozialamt zu wenden. Das MediNetz konnte ihm damit lediglich eine ambulante Versorgung ermöglichen; die Situation blieb jedoch höchst besorgniserregend.

Kampagne GleichBeHandeln - Einschränkung der Übermittlungspflicht

Die Kampagne läuft momentan im Hinblick auf die Bundestagswahl und wurde von Ärzte der Welt initiiert. Es gibt einen Petition, die unterschrieben werden kann, und Wahlprüfsteine, die an die verschiedenen Parteien gerichtet werden sollen. Begleitend zur Kampagne GleichBeHandeln planen die Gesellschaft für Freiheitsrechte und Ärzte der Welt mehrere strategische Klagen gegen die Übermittlungspflicht nach § 87 II Nr. 1 Aufenthaltsgesetz.

Langfristiges Ziel der geplanten Klage ist es, die Übermittlungspflicht nach § 87 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen und dort für den Gesundheitsbereich für nichtig erklären zu lassen. Falls sie erfolgreich ausgeht, kann die Klage im konkreten Fall künftig eine gesundheitliche Versorgung ohne Abschiebungsrisiko ermöglichen.

Kampagnen-Aufruf

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Vielen bleibt es verwehrt.

Jeder Mensch hat per Gesetz das Recht auf ärztliche Behandlung. Trotzdem können zahlreiche Menschen, die ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland leben, nicht zum Arzt. Nach Paragraph 87 Aufenthaltsgesetz ist das Sozialamt bei einer Kostenübernahme der Behandlung verpflichtet die Daten an die Ausländerbehörde zu übermitteln. Damit würde den Betroffenen die Abschiebung drohen. Mit unserer Petition wollen wir die Übermittlungspflicht einschränken und allen Menschen – unabhängig von ihrem Status – ermöglichen ohne Angst zum Arzt gehen zu können.

Die Corona-Pandemie zeigt uns erneut: Alle in Deutschland lebenden Menschen müssen ohne Angst medizinische Leistungen in Anspruch nehmen können. Doch faktisch wird dieses Recht in Deutschland Hunderttausenden verwehrt. Das Gesundheitswesen muss daher von der Pflicht ausgenommen werden Daten über Menschen ohne geregelten Aufenthaltsstatus an die Ausländerbehörde weiterzugeben.

Wir fordern den Gesetzgeber auf, in §87 Aufenthaltsgesetz eine Ausnahme für den Gesundheitsbereich zu schaffen und rufen alle Parteien auf, sich dafür einzusetzen.

Unterstützung der Kampagne

Liebe Leser*innen,

Sie können die Kampagne GleichBeHandeln unterstützen, indem Sie den Aufruf mit unterzeichnen. Dies ist der Link zur Petition: <http://www.gleichbehandeln.de>

Darüber hinaus laden wir Sie ein die Direktkandidat*innen der verschiedenen Parteien aus den Wahlkreisen auf dieses Thema anzusprechen. Insbesondere im Hinblick auf die Bundestagswahl gibt es viele Möglichkeiten die Kandidat*innen zu kontaktieren, die Forderung der Kampagne vorzustellen und sie zu einer Positionierung zu bewegen. Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele sich beteiligen und somit den Parteien zur neuen Legislaturperiode bereits frühzeitig diese notwendige Gesetzesänderung mit auf den Weg geben.

Aber auch langfristig können Sie sich für die betroffenen Menschen und gleiche Zugangswege zum Gesundheitswesen einsetzen, indem Sie die Arbeit der MediNetze, Clearingstellen und anderen Organisationen in Bielefeld und NRW unterstützen.

Über unsere Arbeit

Unser Gesundheitssystem schließt viele Menschen aus, illegalisiert manche Geflüchtete, ignoriert „Papierlose“. Mehr Menschen als man denkt leben ohne Krankenversicherungsschutz und haben keinen normalen Zugang zum Gesundheitssystem.

Es gibt kranke Menschen, die ohne unsere Vermittlung und ohne die Hilfe der - oft unentgeltlich arbeitenden - Ärzt*innen und medizinischen Dienstleister*innen unversorgt bleiben. Telefonisch nehmen wir ihre Anfragen entgegen und vermitteln ärztliche Termine. Dazu arbeiten wir mit Ärzt*innen, Praxen, Krankenhäusern, Apotheken, Privatpersonen und weiteren Akteur*innen zusammen.

So gibt es bspw. langfristige gute Kontakte mit dem Ökumenischen Netzwerk zum Schutz von Flüchtlingen Bielefeld (Kirchenasyl), mit dem Sozialpfarramt, mit Streetmed (einer medizinischen Anlaufstelle von Bethel für Obdachlose) und zahlreichen anderen sozialen Einrichtungen. Anfallende Kosten finanzieren wir über Spenden.

Darüber hinaus engagieren wir uns lokalpolitisch und setzen uns beispielsweise für die frühzeitige Einführung einer Krankenversicherungskarte für Geflüchtete ein. Auch auf bundesweiter Ebene bestehen aktive Netzwerkstrukturen, in zahlreichen großen Städten sind ähnliche MediBüros oder MediNetze vertreten. Mit ihnen stehen wir in engem Kontakt und Austausch. Gemeinsames Ziel ist ein ungehinderter Zugang zu bedarfsgerechter medizinischer Versorgung für alle Menschen.

Unsere Spendenkontodaten lauten:

AK Asyl e.V.

Stichwort: „Medi-Hilfe“

IBAN: DE 96430609674037753100

BIC: GENODEM1GLS

GLS Gemeinschaftsbank eG

MediNetz Bielefeld



Medizinische Flüchtlingshilfe für
Menschen ohne Krankenversicherungsschutz

MediNetz
Bielefeld

c/o AK Asyl.e.V.
Friedenstr. 4-8
33602 Bielefeld

Tel.
0521-546515-11

Fax
0521-546515-99

e-Mail
info@medinetz-bielefeld.de